

GRÜNE

Unmut über Özdemir

Bislang schien Cem Özdemir die Rücktrittswelle bei den Grünen nach der Bundestagswahl schadlos zu überstehen. Doch kurz vor dem Parteitag am kommenden Wochenende in Berlin ballt sich auf dem Realo-Flügel der Ärger über den Vorsitzenden. Ein miserables Ergebnis bei seiner Wiederwahl gilt als sicher, nicht einmal ein Scheitern ist auszuschließen. Einflussreiche Realos aus mehreren Landesverbänden äußerten in den vergangenen Tagen ihren Unmut über den Parteichef. Dieser habe sich im Wahlkampf zu wenig außerhalb seines Stammlands Baden-Württemberg engagiert und danach die Interessen des Realo-Flügels nicht hinreichend vertreten. So misslang die Wahl der Wirtschaftspolitikerin Kerstin Andreae zur Fraktionsvorsitzenden, was dem Stuttgarter Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann am Herzen lag. Auch die Reform des Parteirats, um die Özdemir sich kümmert, droht zu scheitern.



Özdemir

MS-JUNGER.DE



Bordell in Aachen

BLUME BILD

EUROPA

Menschenhandel, Korruption, Cybercrime

In der EU treiben 3600 internationale kriminelle Organisationen ihr Unwesen. Sie richten jährlich einen volkswirtschaftlichen Schaden in dreistelliger Milliardenhöhe an. Das hat ein Sonderausschuss des Europäischen Parlaments ermittelt, der organisiertes Verbrechen, Geldwäsche und Korruption in Europa untersuchte. Nach Schätzungen des sogenannten CRIM-Komitees leben in der EU rund 880 000 Sklavenarbeiter,

von denen 270 000 Opfer sexueller Ausbeutung sind. Allein mit Menschenhandel machten Verbrecherbanden Profit in Höhe von rund 25 Milliarden Euro jährlich. 18 bis 26 Milliarden Euro bringe der illegale Handel mit Körperorganen und Wildtieren. Der Schaden durch Cybercrime summiere sich auf 290 Milliarden Euro. Eine „ernsthafte Bedrohung“ gehe zudem von der grassierenden Korruption aus. Allein im öffentlichen Sektor habe man 20 Millionen Fälle registriert. Der Gesamtschaden: 120 Mil-

liarden Euro im Jahr. Die Kommission fordert von Polizei und Justiz der EU-Staaten eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Europäische Steueroasen müssten verschwinden, der Kauf von Wählerstimmen solle überall zum Strafdelikt werden. Wer wegen Geldwäsche oder Korruption verurteilt wurde, dürfe mindestens fünf Jahre lang keine öffentlichen Aufträge erhalten. Zudem plädiert der Ausschuss für einen europaweiten gesetzlichen Schutz von Whistleblowern. Wer Missstände in Behörden oder Unternehmen aufdecke, dürfe nicht als Straftäter verfolgt werden. Das EU-Parlament will am 23. Oktober über den CRIM-Bericht abstimmen.

BUNDESPRÄSIDENT

Köhler vertritt Gauck in Afrika

Der im Frühjahr 2010 als Bundespräsident vorzeitig aus dem Amt geschiedene Horst Köhler ist wieder im Namen Deutschlands unterwegs und vertritt seinen Nachfolger Joachim Gauck bei Terminen in Afrika. Mitte September nahm der frühere Chef des Internationalen Währungsfonds im westafrikanischen Mali an der Amtseinführung des neuen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita teil. Laut einem internen Bundeswehrbericht flog Köhler mit einem Regierungs-Airbus nach Bamako und nahm „stellvertretend für Bundespräsident Joachim Gauck“ an der Zeremonie mit mehreren Staatschefs teil. Mali hatte die Bundesregierung zuvor um die Entsendung eines Repräsentanten gebeten; in Absprache mit dem Präsidialamt wurde daraufhin Köhler als Vertreter Gaucks ausgewählt. Der 70-Jährige war im Mai 2010 nach einer Diskussion um seine Äußerungen zur Wahrung deutscher Wirtschaftsinteressen durch militärische Interventionen überraschend zurückgetreten. In seiner Amtszeit hatte er sich intensiv der Entwicklungspolitik in Afrika gewidmet.